

„Es gibt durchaus Parallelen zur Flüchtlingssituation am Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Verhältnisse sind jedoch nicht eins-zu-eins übertragbar“.

Thomas-Markus Leber

Angela Merkels berühmtes „wir schaffen das!“ erregt seit Monaten die Gemüter. Die von der Kanzlerin auf einer Pressekonferenz am 31. August 2015 vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingskrise erstmals formulierte Einschätzung fand in den Medien und in der politischen Auseinandersetzung weitreichenden Widerhall. Der Satz gilt als Kern-Aussage der „neuen Willkommenskultur“ und wurde als positives Signal der deutschen Flüchtlingspolitik rezipiert. Gleichzeitig wurde die Aussage aber auch Gegenstand von Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur aktuellen Diskussion steuerte Prof. Dr. Hans Stimmann am Rande seines Vortrages zum Stadtdiskurs „Wie plant man in einer Stadt für morgen?“ bei.

Erinnerungen eines Zeitzeugen

Der ehemalige Lübecker Bausenator und Berliner Senatsbaudirektor blickte zurück auf das Ende des Zweiten Weltkrieges und zog Parallelen zur aktuellen Situation. Die deutschen Kommunen standen damals vor der gigantischen Aufgabe innerhalb kürzester Zeit zusätzlichen Wohnraum für Millionen von Menschen schaffen zu müssen. Kriegsheimkehrer, vor allem aber Flüchtlinge und Vertriebene mussten untergebracht werden. Damals gelang das Unvorstellbare: Mehr als 10 Millionen Menschen aus den ehemaligen Ostgebieten des deutschen Reiches konnten aufgenommen werden. Allein in Lübeck waren 80.000 Flüchtlinge und Vertriebene registriert. Dies entsprach einem Anteil von 40 % der Gesamtbevölkerung. Die meisten kamen zunächst in Baracken und provisorischen Behelfsbauten unter, bevor sie in einer der neuen Siedlungen dauerhaft untergebracht werden konnten. Stimmann erinnerte an jene Zeit, an die 115 Barackenlager auf dem Stadtgebiet, an das Durchgangslager im Waldhusener Forst und an die vielen Neubausiedlungen. Stimmann bedauerte, dass dieses bedeutende Kapitel der Lübecker Stadtgeschichte ein wenig in Vergessenheit geraten ist.

Der 1941 geborene Hans Stimmann ist Zeitzeuge jener Ereignisse. Von seinem Elternhaus auf dem Wallberg waren es nur wenige Meter zum Bahnhof Kücknitz. Von dort machten sich täglich tausende Menschen auf den Weg ins nahegelegene „Lager Pöppendorf“, das zu den größten und bekanntesten Lagern in Deutschland zählte. Stimmann konnte sich noch gut an die ankommenden Flüchtlinge und Vertriebene erinnern, die er am Bahnhof oder beim Lager beobachten konnte.

Das Lager Pöppendorf

Das Pöppendorfer Lager war im Juli 1945 auf Anordnung der britischen Militärregierung als Entlassungs-Zeltlager für die aus Norwegen zurückkehrenden Wehrmachtangehörigen im Waldhusener Forst nordwestlich von Kücknitz angelegt worden. Im Oktober 1945 wurden mit der Errichtung von winterfesten Nissenhütten die baulichen Voraussetzungen für ein Durchgangslager geschaffen. Zunächst waren es Zwangsaussiedler aus den sowjetisch besetzten Gebieten, die aufgenommen wurden. Ihnen folgten Vertriebene aus Gebieten, die unter polnischer Verwaltung standen. Es gelang innerhalb von 5 Jahren mehr als 620.000 Flüchtlinge und Vertriebene zu registrieren und auf Städte und Kreise der damaligen Westzone zu verteilen. Von 1947 an nahm ihre Zahl allmählich ab. Gleichzeitig erhöhte sich die Verweildauer. Viele Landkreise hatten eine Aufnahmesperre für den Zuzug von Flüchtlingen erlassen. Bis zum Sommer 1947 wurde das Lager Pöppendorf auch zur Rückführung ehemaliger polnischer und baltischer Zwangsarbeiter genutzt. Im Herbst 1947 erfolgte dann im Rahmen der britischen Operation „Oasis“ die Unterbringung der Passagiere der „Exodus“. Es ist davon auszugehen, dass im Lager Pöppendorf von 1945 bis 1951 mehr als 1.000.000 Menschen für kurze Zeit untergebracht waren.

Charakteristisch für das Lager Pöppendorf waren die sogenannten Nissenhütten. Hierbei handelte es sich um Wellblech-Systembauten aus 1,84 Meter breiten Stahlblechteilen mit zwei unterschiedlichen Durchmesser, benannt nach ihrem Konstrukteur Peter Norman Nissen. Die Wellblechhütten in Fertigteilbauweise mit halbrundem Dach waren einfach herzustellen und schnell zu errichten. Durchsetzen konnten sie sich aber nicht. Konstruktionsbedingt war eine Umnutzung oder auch ein Umbau für

einen längeren Aufenthalt nur eingeschränkt möglich, sodass sie in der britischen Besatzungszone – abgesehen vom Lager Pöppendorf – die Ausnahme bildeten. Die Nissenhütten wurden jedoch zum Synonym für eine provisorische Wohnunterkunft.

115 Barackenlager im Stadtgebiet

In Lübeck wurden Flüchtlinge vor allem in Barackenlagern untergebracht. 115 dieser Lager waren einst vorhanden und über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Ursprünglich waren die Gemeinschaftslager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter der Rüstungsindustrie errichtet worden. Nicht selten befanden sich die Lager direkt auf den jeweiligen Firmengeländen von Dornier, Dräger, Flender, LMG oder den LUBECA-Werken. Bei den Baracken handelte es sich um standardisierte Unterkunftsbauten, deren Entwürfe auf Ernst Neufert und Albert Speer zurückgingen. Sie konnten schnell und flexibel errichtet werden und wiesen einen hohen Normierungsgrad auf. Stimmann wies darauf hin, dass der wirtschaftliche Aufschwung der Hansestadt in jener Zeit untrennbar auch mit dem Schicksal der Zwangsarbeiter verbunden ist.

Dass die Hansestadt nach Kriegsende unmittelbar auf die einsetzenden Flüchtlingsströme reagieren und zeitnah entsprechenden Wohnraum zur Verfügung stellen konnte ist vor allem auch auf die Existenz der leer stehenden Barackenbauten zurückzuführen. Schnell wurde aber auch weiterer Wohnraum in den vielen neuen Siedlungen im Stadtgebiet geschaffen. Bescheidene Wohnungsgrößen, einfachste Ausstattung und Zeilenbauweise kennzeichnen diese Siedlungen. Als Bauträger fungierten kommunale oder landeseigene Wohnungsbaugesellschaften. Die „Neue Lübecker“ war gar eine von Heimatvertriebenen selbst gegründete Wohnungsbaugesellschaft.

Parallelen zur aktuellen Situation

Stimmann ging auch auf die aktuelle Flüchtlingssituation ein. Die Schicksale von damals drängen sich auf, wenn man Antworten auf die Fragen von heute sucht. Die Geschichte habe gezeigt, dass entsprechende Dimensionen durchaus bewältigt werden können. Allerdings könne man die Verhältnisse von damals nicht eins zu eins auf die heutigen Verhältnisse übertragen, sagte er. Schon die Ausgangssituation und die Rahmenbedingungen seien völlig andere. Heute kommen die Flüchtlinge aus Syrien, aus Afghanistan, aus dem Irak oder aus den afrikanischen Staaten. Damals kamen die Menschen aus vormals deutschen Städten, die von der roten Armee erobert wurden. Sprachprobleme gab es damals nicht. Nach der Registrierung und der Wohnungszuweisung konnten sich diese Menschen unmittelbar um Arbeit bemühen. Die Kinder unterlagen der Schulpflicht. Meist flüchteten ganze Familien „mit allem was sie noch hatten“ und nicht wie heute überwiegend junge Männer, sagte er. An eine „Willkommenskultur“ konnte sich Stimmann indes nicht erinnern. „Da stand keiner, der einen umarmte“. Die Bewohner waren viel zu sehr mit sich selbst und mit ihrer eigenen Situation befasst. Viele kamen aus dem Krieg zurück und standen vor ausgebombten Ruinen. Woran sich Stimmann allerdings auch nicht erinnern konnte war Ablehnung. Die Aufnahme der Flüchtlinge war mit Blick auf die besonderen politischen Umstände „alternativlos“. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung war Konsequenz des verlorenen Krieges und Ergebnis der Verträge der Siegermächte sowie der darin festgelegten Neuordnung der Landesgrenzen.

Was bleibt?

Was also bleibt als Erfahrung im Umgang mit der Unterbringung von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945? Für Stimmann ist es vor allem die Erfahrung, dass es organisatorisch möglich ist entsprechende Dimensionen – 12 bis 14 Millionen Menschen in ganz Deutschland – zu bewältigen. Eine Wiederholung der Geschichte schloss Stimmann aber unter den gegebenen Umständen und Rahmenbedingungen nahezu aus. Man müsse aufgrund der vielen sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Unterschiede individuelle und zeitgemäße Lösungen entwickeln. Geschlossene Siedlungsbauten am Stadtrand beispielsweise, wie sie in der Nachkriegszeit nahezu obligatorisch waren (zB. die Neue Heimat St. Lorenz) seien wenig hilfreich, wenn eine Integration gelingen soll. Neue Flüchtlingswohnungen sollten vielmehr im Kontext gebauter Quartiere entstehen. Ansonsten wäre eine „Nichtintegration“ vorprogrammiert. Man könne nur kleinteilig integrieren, z.B. auch auf Nachverdichtungsflächen, sagte Stimmann. Architektonisch-technische Patentrezepte wollte er nicht

geben. Eine spezielle Architektur mit Standardschlafzimmern sei heute undenkbar. Es sollte vielmehr „alles ausprobiert werden, was hilft“. Eine bauordnungsrechtliche Überregulierung sei überdies kontraproduktiv. Aktuell würden Unterkünfte auf Zeit benötigt, die zeitnah zur Verfügung stehen müssen. Als Alternative zu den zu Dörfern zusammengestellten Containern könne über modular zusammengesetzte Holzbauten nachgedacht werden, wie sie von der Fertighausbranche schon lange angeboten werden.

Der Vortrag von Hans Stimmann wurde aufmerksam verfolgt. An einer Stelle wurde Stimmann auch korrigiert. Als er eine fehlende Erinnerungskultur bedauerte wurde er darauf aufmerksam gemacht, dass am ehemaligen Standort des Pöppendorfer Lagers im Waldhusener Forst auf Betreiben des Gemeinnützigen Vereins Kücknitz e.V. sowie der Gesellschaft der Freunde des Stadtwaldes Lübeck e.V. entsprechende Gedenktafeln aufgestellt wurden, die an das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen, aber auch an ein wichtiges Kapitel der Lübecker Stadtgeschichte erinnern. Das Projekt „kulturhistorischer Erinnerungsort Pöppendorfer Lager“ zielt darauf ab die Geschichte des Lagers zu erforschen, zu dokumentieren und schließlich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.